

Die Debatte über den Fall Otto John in der politisch-kulturellen Auseinandersetzung in Deutschland

1. Der „Fall John“: Forschung, Quellen und offene Fragen
2. Die biographische Dimension: Der Widerstand gegen die NS-Diktatur als zentrale politische Erfahrung Otto Johns
3. Der beginnende Kalte Krieg und die Westbindungs- und Wiederbewaffnungsdebatte als konstituierendes Moment des „Falles John“
4. Die innenpolitische Auseinandersetzung um die Berufung Otto Johns zum Leiter des bundesdeutschen Verfassungsschutzes 1950
5. Der Übertritt in die DDR am 20. Juli 1954: Bewußte Tat oder Entführung?
6. Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit
7. Die Tätigkeit Johns in der DDR und die politische Diskussion in den östlichen Medien
8. Die politisch-kulturelle Diskussion des „Falles John“ im Westen
9. Rückkehr in die Bundesrepublik 1955 und Prozeß 1956
10. Die öffentlichen Bemühungen Otto Johns nach 1956 um Revision seines Verfahrens
11. Otto John – Ein Fazit

Literatur

Zusammenfassung

1. Der „Fall John“: Forschung, Quellen und offene Fragen

Am 20. Juli 1954, auf den Tag genau zehn Jahre nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler in dessen ostpreußischem Hauptquartier „Wolfsschanze“, reiste der seit 1950 als westdeutscher Verfassungsschutzpräsident tätige Otto John in Begleitung von Wolfgang Wohlgemuth, eines Arztes aus West-Berlin, über die Sektorengrenze nach Ost-Berlin ein. Dieser Grenzübertritt ist gut dokumentiert, unter anderem konnte der diensthabende Grenzer John und Wohl-

gemuth in dem Fahrzeug erkennen. Am 23. Juli, das Dokument selbst trägt das Datum vom 22. Juli, sendete der Rundfunk der DDR eine erste Erklärung Johns, die im Westen wie eine Bombe einschlug. John gab zu Protokoll, er sei freiwillig in der DDR, protestiere damit gegen Adenauer, dessen Politik auf die dauernde Spaltung Deutschlands hinauslaufe.¹ In einer wenige Wochen später am 11.8.1954 offiziell durchgeführten Pressekonferenz in Ost-Berlin hatte er dies dann explizit ausgeführt. Adenauers strikte Politik der Westbindung zerstöre jede Möglichkeit der Wiedervereinigung, zudem säßen in seiner Regierung Täter aus der Zeit des Dritten Reiches. „Ich habe mich nach reiflicher Überlegung entschlossen, in die DDR zu gehen und hier zu bleiben“, so John dort, „weil ich hier die besten Möglichkeiten sehe, für die Wiedervereinigung Deutschlands und gegen die Bedrohung durch einen neuen Krieg tätig zu sein. Selbst viele kluge und aufrichtige Menschen in Westdeutschland sehen die Gefahren, die uns bedrohen, nicht, weil sie durch die Propaganda der Bundesregierung verblendet sind. Wieviele Menschen haben sich in Deutschland nicht nach 1945 darauf berufen, daß sie vor 1933 die Gefahr des Nationalsozialismus nicht hätten erkennen können? Deshalb halte ich es für meine Pflicht, jetzt öffentlich und eindringlich das deutsche Volk vor den Gefahren zu warnen, die uns heute bedrohen. Wenn der erste Schuß gefallen ist, wird es zu spät sein. Als ich im Dezember 1950 mein Amt in der Bundesrepublik übernahm, hatte ich die Illusion, am Aufbau eines neuen Deutschland mitzuarbeiten, das – gereinigt vom Nationalsozialismus – allen Deutschen die Möglichkeit zur friedlichen Entfaltung ihres Lebens bieten würde. Statt dessen haben wir heute ein geteiltes Deutschland, das in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West zum Schauplatz eines neuen Krieges zu werden droht, der nicht nur unvorstellbare neue Leiden über uns bringen, sondern tatsächlich die Existenzgrundlage unseres Volkes als Nation zerstören würde. Der Kommunismus ist – ob man es mag oder nicht – eine Realität, die fast die Hälfte aller auf dieser Erde lebenden Menschen umfaßt. Die Vorstellung – oder auch der Wunschtraum –, ihn wieder 'ausrotten zu können', ist so töricht wie der Glaube Hitlers, der das Christentum ausrotten wollte. [...] Das wollen die Amerikaner aber nicht erkennen. Sie glauben, sie könnten früher oder später durch einen neuen Kreuzzug gegen den Osten den Kommunismus noch einmal aus der Welt auskehren oder wegfeigen, und sie bereiten den Krieg vor. In dieser Entwicklung ist die Bundesregierung durch die Verträge von Bonn und Paris zu einem Werkzeug der amerikanischen Politik in Europa geworden. Die Amerikaner brauchen zu ihrem Krieg gegen den Osten deutsche Soldaten. Dabei sind ihnen selbstverständlich vor allem jene willkommen, die aus der deutschen Katastrophe nicht gelernt haben, sondern seitdem nur auf die Stunde warten, in der sie für die Niederlage von 1945 Rache nehmen können. Deshalb sind in der Bun-

1 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), MfS AP 11263/56, Bd. 16, Bl. 90.

desrepublik die wildesten Nazis und Militaristen wieder hoffähig gemacht worden.“²

Ausdrücklich hatte John dann jene Namen von Personen des öffentlichen Lebens Westdeutschlands genannt, die nach ihrer Karriere im Dritten Reich relativ bruchlos in eine neue Karriere in der Bundesrepublik gestartet waren, so zum Beispiel Theodor Oberländer, vor 1945 Teilnehmer am Hitler-Putsch 1923, während des Dritten Reiches Reichsführer des „Bundes Deutscher Osten“, 1953 Vertriebenenminister in der Regierung Adenauer. Andere wie Reinhard Gehlen, Chef der „Organisation Gehlen“, Vorgängerorganisation des Bundesnachrichtendienstes (BND), hätten begonnen, so John, SS- und SD-Führer einzustellen, „die über deutsche Widerstandskämpfer zu Gericht gesessen oder diese einfach umgebracht haben“.³ Dagegen werde „einem General von Gersdorff, der sich als Widerstandskämpfer bewährt hat, [...] die Aufnahme in das Amt Blank versagt [...] mit der Begründung, 'daß er ja zum 20. Juli gehöre“.

Was auf den ersten Blick wie eine eindeutige Geschichte eines Überläufers aussieht, wie sie im Kalten Krieg zwar nicht alltäglich war, aber dennoch häufiger passierte, erweist sich auf den zweiten Blick nach wie vor als höchst undurchsichtig. John erklärte, als er mit Hilfe eines Freundes, des dänischen Journalisten Henrik Bonde-Henriksen, am 12.12.1955, also gut anderthalb Jahre später, aus der DDR nach West-Berlin fliehen konnte, er sei unfreiwillig und betäubt in die DDR verschleppt worden und habe sich erst dort unter dem Druck der Ereignisse zur Kooperation entschlossen. Diese Version hat Otto John nicht nur in seinem Prozeß, der ihm 1956 in Westdeutschland vor dem Bundesgerichtshof gemacht wurde und zu einem Urteil von vier Jahren Haft wegen Landesverrates führte, beibehalten, sondern konsequent und mit Vehemenz bis zu seinem Tod im März 1997 vertreten. Die DDR bzw. die UdSSR dagegen blieben bei der Darstellung, John sei freiwillig gekommen. Otto John hat bis zu seinem Tod um die Wiederaufnahme seines Verfahrens gekämpft. Der letzte Antrag zur Wiederaufnahme wurde 1995 abgelehnt.

Der „Fall John“ war eine westdeutsche „Schlappe im Kalten Krieg“, wie sie Bundesinnenminister Gerhard Schröder 1954 nannte⁴ und die tiefste Krise der knapp fünfjährigen Bundesrepublik. John war nicht der einzige, der zu diesem Zeitpunkt in die DDR ging. Einige Wochen später wechselte der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Franz Schmidt-Wittmack aus Hamburg die Seiten.⁵

2 Pressekonferenzprotokoll abgedruckt in: Otto John, Ich wählte Deutschland, Ausschuß für Deutsche Einheit, o.O. o.J. [Ost-Berlin 1954], S. 3 – 28, hier: S. 7 f.

3 Ebd., S. 11. Folgendes Zitat ebd.

4 Erklärung der Bundesregierung, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 17.9.1954, S. 1541.

5 Vgl. Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, Stuttgart 1985², S. 309.

Seit 1954 ist der Fall immer wieder untersucht worden, zuletzt vor allem seit der Öffnung der Stasi-Archive 1989/90.⁶ Bis heute sind periodisch tatsächlich oder vorgeblich neue Erkenntnisse in die Öffentlichkeit gekommen, zum Teil auch bewußt lanciert.⁷ Abgesehen aber von der Fülle von Zeitungsartikeln aus den fünfziger Jahren und einigen als Sensation aufgemachten Berichten aus den siebziger, achtziger und neunziger Jahren existieren nur wenige monographische Arbeiten über Otto John. Von den vier existierenden Monographien entstanden allein drei Titel unmittelbar im Umfeld des Affäre. Die Titel von Rudolf Diels (1954), Gerald Gohier (1958) und Willi Frischauer (1958), die sich ausschließlich mit dem Fall John befassen, sind im Grunde genommen Teile der aktuellen zeitgenössischen Debatte, aber keine historischen Analysen.⁸ Dies gilt insbesondere für die Arbeit von Rudolf Diels, 1933 erster Leiter der Geheimen Staatspolizei, dann nacheinander Regierungspräsident von Köln und Hannover und schließlich nach dem Hitler-Attentat 1944 selbst in Gestapohaft, der in John vor allem den „Emigranten“ sah, der den Alliierten bei den Prozessen gegen Kriegsverbrecher Handlangerdienste geleistet habe. Die Arbeiten von Gohier und Frischauer, die sich positiver zur Person John äußern, entstanden nach dem Prozeß 1956. Noch etwas anders liegt der Fall bei der Untersuchung des westdeutschen Journalisten und Verlegers Hans Frederick, die fünfzehn Jahre nach dem Prozeß vorgelegt wurde.⁹ Frederick arbeitete bei der Fertigstellung des Buches im Auftrag des MfS, genauer für die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), die ihm auch Material dafür zur Verfügung stellte. Das Buch selbst ist in der Literatur ansonsten als eine der gängigen durch die Abteilung X inszenierten gezielten Aktionen östlicher Geheimdienste zur Desinformation charakterisiert worden.¹⁰ Es stellte vor allem die von John gegebene Erklärung zum Grenzübertritt, er sei entführt worden, in Frage und führte als Kronzeugen einen sowjetischen KGB-Offizier mit dem Namen Wladimir A. Karpow ein. Oberst Karpow, Klarname Wadim Kutschin, Deutsch-

6 Für die rasche und unkomplizierte Akteneinsicht in die Unterlagen des „Falles John“ in den MfS-Materialien danke ich den Mitarbeitern der Abteilung „Bildung und Forschung“ des BStU. Der gleiche Dank gilt den Mitarbeitern des Bundesarchivs (B-Arch.) in Berlin, die mir ebenso rasche Einsicht in die Unterlagen der anderen mit dem „Fall John“ involvierten Institutionen gewährten. (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO, B-Arch.)).

7 So meldete „Die Welt“ am 3.1.1985, daß neue Funde aus britischen Archiven jetzt die Affäre John „erhellen“ würden. Faktisch war das Neue aber lediglich eine Neuauflage der bereits in den Fünfzigern aufgetauchten These, daß John ein kommunistischer Agent gewesen sei, der von einem unbekanntem Sowjetagenten in britischen Diensten absichtlich in den westdeutschen Verfassungsschutz eingebaut wurde.

8 Rudolf Diels, *Der Fall Otto John, Hintergründe und Lehren*, Göttingen 1954; Gerald Gohier, *L'espion aux scrupules*, Paris 1958; Willi Frischauer, *The Man Who Came Back, The Story of Otto John*, London 1958.

9 Hans Frederick, *Das Ende einer Legende, Die abenteuerlichen Erlebnisse des Towarisch Alexander Busch, Eine Dokumentation über die politische Provokation, in deren Mittelpunkt nicht nur Otto John, sondern vor allem Staatssekretäre, Politiker, Geheimdienste und Journalisten stehen*, München 1971.

10 Vgl. Günther Bohnsack, Herbert Brehmer, *Auftrag Irreführung, Wie die Stasi Politik im Westen machte*, Hamburg 1992, S. 196 ff.

landexperte des KGB in Karlshorst¹¹, bestritt vor allem, daß John jemals von östlichen Geheimdiensten unter Druck gesetzt worden sei und schließlich aus der DDR habe fliehen müssen. Wadim Kutschin war einer der „Betreuer“ Johns während seines Aufenthalts in der DDR und der Sowjetunion gewesen. Auch John selbst erwähnt ihn in seinen Memoiren.¹² Es wird im weiteren ausführlich darauf einzugehen sein, ob die gerade auch in den neuesten Veröffentlichungen zu John wiederum ventilierte These, Fredericks Buch sei lediglich eine Desinformation gewesen¹³, so zutrifft. Es spricht viel dafür, daß die durch Kutschin vermittelten Erkenntnisse zum freiwilligen Übertritt John durchaus der Wahrheit entsprachen.

Seriöser in der Entstehung, aber im Kontext anderer Themen, insbesondere des Geheimdienstkrieges, behandeln den Fall John zum Beispiel die Untersuchungen von Boveri, Zolling/Höhne, Hagen, Brochhagen und neuerdings Bailey/Kondraschow/Murphy, um nur einige der wichtigsten zu nennen.¹⁴ Ungezählt bleiben hier die vielen Darstellungen, die nur kurz den Fall erwähnen und keinerlei neue Erkenntnisse vermitteln.¹⁵ Darüber hinaus hat Otto John selbst seine Version mehrfach öffentlich dargestellt, vor allem 1969 in „Zweimal kam ich heim“, 1993 in dem Film des Hessischen Rundfunks „Ich will nicht als Verräter sterben – Der Fall Otto John“ von Christoph Maria Fröhder sowie 1995 in dem Film von Erwin Leiser „Otto John – Eine deutsche Geschichte“, der durch die eindringliche Darstellung der Person Otto Johns äußerst aufschlußreich ist und m.E. den besten Einblick in die Psyche und Wertestruktur Otto Johns gibt, ohne die eine Bewertung seiner Verhaltensweisen kaum möglich ist. Hinzu kommen als Quellen, neben den Hunderten von Zeitungsartikeln aus westdeutscher Perspektive, vor allem die Sitzungsprotokolle des Bundestages sowie die Materialien des Gesamtdeutschen Instituts. Aus ostdeutscher Sicht sind die 24 Bände des Falles John, die die Staatssicherheit seit 1954 anlegte, besonders aussagekräftig. Die Unterlagen des SED-Politbüros, des Nationalrats der Nationalen Front, der SED-Abteilung „Agitation“, der Sitzungsprotokolle des Sekretariats der SED u.ä. sind dagegen bis auf die vorhandenen Zeitungsausschnitte eher enttäuschend. Besonders auffällig ist, daß, soweit sich dies an den Quellen überprüfen läßt, offensichtlich keine Diskus-

11 Vgl. George Bailey, Sergej A. Kondraschow, David E. Murphy, Die unsichtbare Front, Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 235.

12 Vgl. Otto John, Zweimal kam ich heim, Vom Verschwörer zum Schützer der Verfassung, Düsseldorf, Wien 1969, S. 290 ff.

13 So z. B. bei Bailey u. a., Die unsichtbare Front, S. 235.

14 Margret Boveri, Der Verrat im XX. Jahrhundert, Für und gegen die Nation, Bd. 2, Das unsichtbare Geschehen, Hamburg 1956, S. 123 ff.; Hermann Zolling, Heinz Höhne, Pullach intern, General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971, S. 233 ff.; Louis Hagen, Der heimliche Krieg auf deutschem Boden, Düsseldorf 1969; Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg, Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994, S. 213 ff.; Bailey u. a., Die unsichtbare Front, S. 233 ff. (vgl. Anm. 9).

15 So geht zum Beispiel auch die Darstellung über die Arbeit des Unterhändlers der DDR in Fragen des Agentenaustausches und Häftlingsfreikaufs, Wolfgang Vogel, nur sehr sporadisch auf den Fall John ein; auch dies möglicherweise ein Hinweis auf die nach wie vor nicht mit allerletzter Sicherheit geklärten Affäre John. Vgl. Norbert F. Pötzl, Basar der Spione, Die geheimen Missionen des DDR-Unterhändlers Wolfgang Vogel, Hamburg 1997, S. 72 f.

sionen in den Politbüro-Sitzungen zum Fall John stattfanden bzw. diese keinen schriftlichen Niederschlag fanden. Sehr wahrscheinlich ist aber, daß direkte Absprachen dazu zwischen Honecker und Mielke stattfanden. Nachweisbar ist dies nach Aktenlage nicht. Verwendung fanden für die Expertise zudem Unterlagen des Auswärtigen Amtes in Bonn, die vor allem die ausländischen Presseartikel zum Fall John verfolgten.

Die Problematik des Falles John ist, wie vor allem die oben zitierte Aussage Johns auf der Ost-Berliner Pressekonferenz am 11.8.1954; deutlich macht, äußerst vielschichtig, was die Reduktion auf die Frage, ob er entführt worden ist oder freiwillig kam, eher verdeckt. Otto John ging in die DDR auf einem der Höhepunkte des Kalten Krieges. Das sowjetisch kontrollierte Ostdeutschland und das durch die Westmächte kontrollierte Westdeutschland hatten sich nicht erst seit der Gründung der beiden deutschen Staaten voneinander entfernt, doch die Separierung beider hatte seit dem Beginn des Korea-Krieges an Dynamik enorm zugenommen. Die von John immer wieder, so auch in der Pressekonferenz vom 11.8.1954 in den Mittelpunkt gerückte Entscheidung Adenauers zur Teilnahme an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), wie sie im Deutschlandvertrag 1952 von westdeutscher Seite festgelegt worden war, hatte die zweifellos schon seit 1947 immer mehr vertiefte Spaltung beider Teile Deutschlands verschärft. John war ein klarer Gegner der einseitigen Bindung Westdeutschlands und er traf sich hier mit anderen Gegnern Adenauerscher Westbindungspolitik, wie zum Beispiel Jakob Kaiser, Paul Sethe und anderen. 1952 hatte Adenauer konsequent auf dieser Linie fortfahrend auch die Deutschlandnoten Stalins ohne Prüfung abgelehnt.¹⁶ Die erste Note vom 12.3.1952 hatte vorgeschlagen, sofort in Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland einzutreten und die Wiedervereinigung Deutschlands ohne die Gebiete jenseits der Oder-Neiße zum Preis der Neutralisierung vorgesehen. Gesamtdeutsche Wahlen, so hatte eine zweite Note vom 9. April vorgeschlagen, sollten der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorausgehen. Weitere Noten im Mai und August des Jahres hatten vor allem auf die schnelle Umsetzung dieser Vorschläge gedrängt, waren aber aus Adenauers Sicht genauso wie die vorhergegangenen vor allem als ein Hindernis auf dem Weg zur westdeutschen Souveränität gesehen worden. 1952 war gleichzeitig aber auch das Jahr des US-Wahlkampfes zwischen Truman und seinem Republikanischen Herausforderer Eisenhower, in dem das offensive Rollback-Konzept der US-Außenpolitik, vertreten vor allem durch den designierten Außenminister einer Regierung Eisenhower, John Foster Dulles, ausführlich in der Öffent-

16 Zu den sogenannten Stalin-Noten und der Diskussion um die Ernsthaftigkeit der Vorschläge vgl. Rolf Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Quellen*, Bonn 1986, Hans-Peter Schwarz, *Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Stuttgart/Zürich 1982 sowie Christoph Kleßmann, Bernd Stöver, *Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion in dieser Zeit*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band V, 2, Baden-Baden 1995, S. 1612 – 1635.

lichkeit diskutiert wurden. John hatte das Konzept der „Befreiungspolitik“ in der Pressekonferenz ausdrücklich erwähnt und gemutmaßt, die USA würden tatsächlich einen „Kreuzzug gegen den Osten“, einen Krieg zur Befreiung der kommunistisch beherrschten Staaten vorbereiten, um den „Kommunismus noch einmal aus der Welt aus[zu]kehren oder weg[zu]fegen“. ¹⁷ Die „einseitige Bindung Deutschlands an die 'Politik der Stärke' – wie sie von Dr. Adenauer betrieben wird“, so John, „führt unabwendbar zu einem Krieg auf deutschem Boden“. ¹⁸ Es sei ihm klargeworden, „daß uns Deutschen im Rahmen der amerikanischen Politik nur ein Schicksal bestimmt ist: deutsche Soldaten für den Kreuzzug gegen den Kommunismus in Europa zu stellen“. Daß die Situation in Osteuropa bzw. der DDR labil war, hatte der 17. Juni 1953 demonstriert, als überraschend für den Westen, aber auch für die Sowjetunion, ein Aufstand in der DDR begann, der nur durch sowjetisches Militär niedergeschlagen werden konnte. John war fest davon überzeugt, daß nicht nur eine Remilitarisierung, sondern auch eine Renazifizierung in der Bundesrepublik stattfand, die darauf hinauslief, die Fehler der Vergangenheit zu reproduzieren.

Daß Otto John diese einzelnen Aspekte so ausführlich und emotional ausführte, spricht dafür, daß sie für ihn eine hohe Bedeutung besaßen. Insofern ist es sinnvoll, für die Bewertung des „Falles John“ und die politisch-kulturelle Debatte im Anschluß an seinen Grenzübertritt systematisch die einzelnen Aspekte zu untersuchen, die John in seiner ersten Pressekonferenz ansprach und die später auch die Diskussion beherrschten. Dies betrifft zunächst die Westbindungs- und Wiederbewaffnungsdebatte als konstituierendes Moment des „Falles John“ mit seinen außenpolitischen Bezügen, insbesondere zur US-Politik. Zu untersuchen ist weiterhin die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik um die Berufung Johns als Chef des neugegründeten Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Da John zum weiteren Kreis der Verschwörer des 20. Juli gehörte, hat dies vor allem auch unter der Fragestellung zu geschehen, inwieweit in der Diskussion um seine Berufung bereits Fronten existierten, die in der Debatte nach seinem Grenzübertritt wieder auftauchten. Es wird auch zu klären ein, inwieweit der Übertritt in die DDR am 20. Juli 1954 – bezeichnenderweise am zehnten Jahrestag des Attentates auf Hitler – eine bewußte Tat war oder inwieweit andere Faktoren hier hineinspielten. Zumindest muß es eine Erklärung geben, warum John so vehement nach seiner Rückkehr bestritt, freiwillig gegangen zu sein. Daß östliche Geheimdienste, KGB und MfS, nach seinem Grenzübertritt eine gewichtige Rolle spielten, ist unbestritten, ebenso, daß seine Person und der „Fall John“ intensiv durch die DDR und die Sowjetunion instrumentalisiert wurden. Daß John dabei ebenso wie in der politisch-kulturellen Diskussion zum Spielball von Interessen wurde, die schließlich nur noch wenig mit dem Fall oder seiner Person zu tun hatten, ist offensichtlich, ebenso, daß die gesamte Debatte gleichzeitig die aktuellen Fronten der deutschlandpolitischen Debatte reproduzierte. Warum John

¹⁷ Pressekonferenz, 11.8.1954, in: John, Deutschland, S. 8 f.

¹⁸ Ebd., S. 11 f. Folgendes Zitat ebd., S. 12.

im Dezember 1955 dann wiederum in den Westen zurückging, ist ebenso zu klären wie die Umstände seines Prozesses 1956. Insbesondere ist zu untersuchen, in welcher Form hier tatsächlich ein „Geheimnisverrat“ stattfand. Die öffentlichen Bemühungen Otto Johns nach seiner Entlassung 1958 um Revision seines Verfahrens bis zu seinem Tod 39 Jahre später machen allerdings deutlich, wie fest Otto John von seiner Unschuld überzeugt war und wie stark er sich als Opfer des Kalten Krieges und seiner Feinde fühlte. Gerade dies ist nicht verständlich ohne einen Blick auf die biographische Dimension des Falles, Otto Johns Verbundenheit mit dem Widerstand gegen Hitler.

2. Die biographische Dimension: Der Widerstand gegen die NS-Diktatur als zentrale politische Erfahrung Otto Johns

Otto John, geboren 1909 in Marburg an der Lahn, mit einer Arbeit über den „Rechtsbehelf zur Wahrung der Rechte Dritter im Vollstreckungsverfahren“ 1934 promovierter Jurist, war 1936 nach einem Referendariat als Gerichts-assessor im Bereich des Oberlandesgerichtes Frankfurt am Main zunächst als Flugleitungsassistent, dann ab 1937 als Syndikus in den Dienst der Lufthansa getreten, eine Position, die er bis 1944 behielt. John hatte bereits vor dem Krieg Kontakt zum Widerstand gegen Hitler im Amt Ausland/Abwehr bekommen.¹⁹ Seit Februar 1944 hatte er vor allem mit Georg Hansen, Oberst i.G., dem Nachfolger von Canaris, zusammengearbeitet. John bearbeitete als Angestellter der Lufthansa gleichzeitig nachrichtendienstliche Aufgaben, die im Interesse der Verschwörer lagen. Sein Bruder, Hans John, wurde nach dem Scheitern des Attentats hingerichtet. Otto Johns Aufgabe für die Verschwörer lag vor allem in der Herstellung einer Verbindung zu den USA, zu deren Botschaft in Madrid er Kontakt hatte. Diese Versuche verliefen 1942 und 1943 ergebnislos. Im November 1943 war er noch einmal mit der Herstellung eines direkten Kontaktes zum Hauptquartier von Eisenhower beschäftigt. Im Januar 1944 konnte Otto John dann das erste Mal direkt mit Stauffenberg sprechen, der ihm den Auftrag erteilte, weiterhin Kontakt zu Eisenhower zu halten und darüber hinaus Fühlung zu Montgomery aufzunehmen. Im Februar und wieder im April 1944 befand sich John für diese Arbeiten in Madrid. Anfang 1944 meldete er die Entscheidung der Alliierten, daß die Invasion nicht in Italien, sondern an der westlichen oder nördlichen Flanke Europas stattfinden werde und konnte dabei im März auch den ungefähren Termin dafür übermitteln. Parallel dazu stand er im Kontakt zum britischen Botschafter in Portugal, Sir Ronald H. Campbell. Im Juni 1944 konnte John dann sogar an einer Besprechung mit Leber und Stauffenberg teilnehmen, in der über die Möglichkeiten eines Verhandlungsfriedens nach einem gelungenen Attentat auf Hitler gesprochen wurde. Johns Auftrag blieb die Aufrechterhaltung von Kontakten, für

¹⁹ Die weiteren Ausführungen folgen der Darstellung bei Peter Hoffmann, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat, Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München, Zürich 1985⁴, S. 310 ff.